

---

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Berliner Sonderweg bei Einbürgerungsverfahren beenden und bundesweit eine einheitliche Verfahrenspraxis zur Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft durchsetzen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. in Berlin alle laufenden Einbürgerungsverfahren und alle neu gestellten Anträge einem Moratorium zu unterstellen, bis die Missstände im Landesamt für Einwanderung (LEA) in Bezug auf Einbürgerungen und Staatsangehörigkeiten identifiziert und abgestellt werden;
2. sofort sämtliche seit dem 1. Januar 2024 in der LEA zentralisierten Einbürgerungsverfahren auf Unregelmäßigkeiten, wie zum Beispiel gefälschte Sprach- und Integrationszertifikate, sowie mutmaßliche Korruption, zu überprüfen;
3. umgehend alle unrechtmäßigen und betrügerisch erlangten Einbürgerungen zurückzunehmen;
4. unverzüglich zu einer geordneten Einbürgerungspraxis in Berlin zurückzukehren und den Bearbeitungsprozess, der vom Bundesminister des Inneren als Sonderweg kritisiert wurde, zügig an die bundesweit geltenden höheren Maßstäbe anzupassen<sup>1</sup>;
5. die persönliche Vorsprache und das Vier-Augen-Prinzip bei der Bearbeitung der Einbürgerungsanträge wieder zu einem zwingenden Bestandteil des

---

<sup>1</sup> Zielzahl: 40.000 in diesem Jahr – Minister-Rüffel für Berlins Massen-Einbürgerung, Bild, 22.07.2025, <https://www.bild.de/politik/inland/alexander-dobrindt-ruettel-fuer-massen-einbuergung-in-berlin-687e20f76696f36098c32616>

Einbürgerungsverfahrens in Berlin zu machen, um Sprachkenntnisse, Integrationsbereitschaft und persönliche Eignung vor der endgültigen Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft zuverlässig prüfen zu können;

6. im LEA ausschließlich Beamte als letzte und entscheidende Instanz am Ende jeder Antragsbearbeitung über hoheitliche Rechtsakte wie Einbürgerungen oder dauerhafte Aufenthaltserlaubnisse zu autorisieren;
7. eine zentrale Einrichtung in Berlin für Deutsch-Sprachprüfungen zu schaffen, um Missbrauch von privaten Trägern und Sprachschulen zu verhindern und so hohe Qualitätsansprüche und Vertrauen in Sprachprüfungen wiederherzustellen;
8. schließlich eine Bundesratsinitiative einzubringen, welche die gesetzlichen Grundlagen für die Einbürgerung reformiert und die Fehlentwicklungen der derzeitigen Gesetzgebung korrigiert.

### **Begründung:**

Berlin hat sich in den letzten Jahren innerhalb der Bundesrepublik zum administrativen Sonderfall beim Einbürgerungswesen entwickelt. Es besteht die Gefahr, dass durch Schnelleinbürgerungsverfahren in Berlin eine Verwaltungspraxis etabliert wird, bei der eine vermeintliche Quotenerreichung die Genauigkeit der Prüfung als Maßstab ablöst und Quantität vor Qualität geht<sup>2</sup>.

### **Sofortmaßnahmen zur Wiederherstellung der Rechtmäßigkeit notwendig**

Alle laufenden Einbürgerungen müssen einem Moratorium unterworfen werden, damit die Missstände im LEA abgestellt werden können. Erst nach der Implementierung von dringend notwendigen Reformen entsprechend den Punkten 4 bis 8 können die Einbürgerungsverfahren wieder aufgenommen werden.

Zuvor müssen die sogenannten Turboeinbürgerungen<sup>3</sup> sorgfältigst auf Unregelmäßigkeiten überprüft werden. Hierzu soll die Expertise des LKA und in Amtshilfe auch des BKA in Bezug auf Fälschungen von Urkunden sowie weiteren Dokumenten und zur Korruptionsvermeidung herangezogen werden.

### **Unrechtmäßige oder betrügerische Einbürgerungen sofort rückgängig machen**

Der Senat muss bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine rechtswidrig erteilte oder betrügerisch erwirkte Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft umgehend die Einbürgerung zurücknehmen. Die Einbürgerung kann innerhalb von 10 Jahren gemäß § 35 Abs. 3 StAG

---

<sup>2</sup> Turbo-Einbürgerung, Ruffel von Dobrindt: Torpediert Berlin wirklich die Merzsche Migrationswende?, TAGESSPIEGEL, 22.07. 2025, [www.tagesspiegel.de/berlin/turbo-einburgerung-ruffel-von-dobrindt-torpediert-berlin-die-merzsche-migrationswende-wirklich-14068229.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/turbo-einburgerung-ruffel-von-dobrindt-torpediert-berlin-die-merzsche-migrationswende-wirklich-14068229.html)

Umfrage in zehn Städten: Fast jeder bekommt die deutsche Staatsbürgerschaft, WELT, 26.09.2025, [www.welt.de/politik/deutschland/plus68ccf84fa748591f87b3c152/umfrage-in-zehn-staedten-fast-jeder-bekommt-die-deutsche-staatsbuergerschaft.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus68ccf84fa748591f87b3c152/umfrage-in-zehn-staedten-fast-jeder-bekommt-die-deutsche-staatsbuergerschaft.html)

<sup>3</sup> Hier die seit dem 01.01.2024 im Land Berlin erfolgten Einbürgerungen.

zurückgenommen werden<sup>4</sup>, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung, Bestechung oder vorsätzlich falsche Angaben erwirkt wurde.

### **Persönliche Vorsprachen bei der Einbürgerung sofort wieder einführen**

Aus dem Brief des Bundesinnenministers Dobrindt an die für Staatsangehörigkeitsrecht zuständigen obersten Landesbehörden wird unmissverständlich deutlich, dass Berlin mit seiner Vollzugspraxis bei Regel- und Ermessenseinbürgerungen „die Gesetzgebung untergräbt“.<sup>5</sup>

Die derzeitige Berliner Verwaltungspraxis legt fest, dass lediglich ein kurzes persönliches Gespräch bei der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde zu führen ist. Dobrindt konstatiert, dass das LEA ohne eine persönliche Vorsprache während des Bearbeitungsprozesses nicht erkennen könne, ob Gründe vorlägen, welche der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft widersprächen. Für eine Ablehnung des Antragstellers ausschlaggebend sind Sicherheitsbedenken, fehlende Sprachkenntnisse, die mangelnde Akzeptanz der im Grundgesetz festgelegten Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie antisemitische oder islamistische Einstellungen.

Nur durch eine persönliche Vorsprache kann sichergestellt werden, dass ein wichtiger Rechtsakt wie die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft mit all seinen Rechtsauswirkungen in einem geordneten Verfahren erfolgt.<sup>6</sup> Berlin muss sich wieder strikt an den nationalen Standards bei der Einbürgerung orientieren. In Bayern etwa ist beim Einbürgerungsverfahren in der Verwaltungspraxis aus zwei definierten Gründen eine persönliche Vorsprache erforderlich:

1. zur Identitätsprüfung. Die Staatsangehörigkeitsbehörden müssen die Identität und die Staatsangehörigkeitsunterlagen des Antragstellers im Original und nicht als digitale Vorlage prüfen;
2. als Beratungsgespräch. Im Rahmen der Vorsprache wird auch über die Voraussetzungen der Einbürgerung und das anstehende Verfahren beraten.<sup>7</sup>

### **Ermessenseinbürgerungen werden gesetzeswidrig zum Regelfall**

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Ermessenseinbürgerungen in Berlin vervielfacht, insbesondere in der Zeit des CDU-geführten Senats. Vom Gesetzgeber als Einzelfall nach Ermessen vorgesehen, sind diese Einbürgerungen in Berlin keineswegs nur die Ausnahmen neben den regulären Anspruchseinbürgerungen. 2018 wurden von den Berliner Bezirksamtern etwa 8.000 Ermessenseinbürgerungen vorgenommen, im Jahr 2023 stieg die Zahl um 125 %

---

<sup>4</sup> „(3) Die Rücknahme darf nur bis zum Ablauf von zehn Jahren nach der Bekanntgabe der Einbürgerung erfolgen.“

<sup>5</sup> [www.bild.de/politik/inland/alexander-dobrindt-rueffel-fuer-massen-einbuengerung-in-berlin-687e20f76696f36098c32616](https://www.bild.de/politik/inland/alexander-dobrindt-rueffel-fuer-massen-einbuengerung-in-berlin-687e20f76696f36098c32616)

Bürgermeister macht Ansage: Berlin verteidigt „Turbo-Einbürgerungen“ – „Staatsbürgerschaft wird nicht verscherbelt“, WELT, 24.07.2025, [www.welt.de/politik/deutschland/article68823d900e680a76f4e9475a/Berlin-verteidigt-Turbo-Einbuengerungen-Staatsbuergerschaft-wird-nicht-verscherbelt.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article68823d900e680a76f4e9475a/Berlin-verteidigt-Turbo-Einbuengerungen-Staatsbuergerschaft-wird-nicht-verscherbelt.html)

<sup>6</sup> Die massenhafte Einbürgerung in Berlin lässt Fragen offen, B.Z., 24.09.2025, [www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/einbuengerung](https://www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/einbuengerung)

<sup>7</sup> Einbürgerung, Landratsamt München, 13.05.2025 (letzte Aktualisierung), [www.landkreis-muenchen.de/buergerservice/dienstleistung/einbuengerung/?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.landkreis-muenchen.de/buergerservice/dienstleistung/einbuengerung/?utm_source=chatgpt.com)

auf 18.000. Somit ist nicht mehr die Anspruchs-, sondern die Ermessenseinbürgerung der Regelfall.<sup>8</sup>

Die AfD fordert, dass Ermessenseinbürgerungen, wie vom Gesetzgeber ursprünglich intendiert, nur in Einzelfällen gewährt werden. Nach § 8 StAG kann bei Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben eine Einbürgerung nach Ermessen der Behörde nur dann erfolgen, wenn im Einzelfall ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung festgestellt werden kann; die Voraussetzungen dafür regelt das Staatsbürgergesetz.<sup>9</sup>

### **Neue Verwaltungspraxis zur Bekämpfung von Korruption dringend notwendig**

Die derzeitige Praxis des LEA, nach der nur jeweils ein einziger Sachbearbeiter für die Bearbeitung eines Antrags zuständig ist, wird durch das Vier-Augen-Prinzip ersetzt. Die alleinige Zuständigkeit kann zu Korruption und Vorteilsannahme führen.<sup>10</sup> Zusätzlich soll ein Rotations-Verfahren, bei dem abwechselnd unterschiedliche Sachbearbeiter für einen Vorgang zuständig sind, eingeführt werden.<sup>11</sup>

### **Zentrale Einrichtung für Deutsch-Sprachprüfungen schaffen**

Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft darf kein digitaler Automatismus sein. Die Staatsbürgerschaft kann – de facto und de jure – nur dann entzogen werden, wenn sie etwa durch Täuschung erworben wurde. Es ist unumgänglich, dass der Antragsteller im persönlichen Gespräch auf seine Kenntnisse der deutschen Sprache und seine Integrationsleistung hin geprüft wird. Die zahlreichen Fälle von Bestechlichkeit und Betrug mit gefälschten Dokumenten im Zusammenhang mit der Sprachfertigkeit von Bewerbern und mit dem Einbürgerungstest „Leben in Deutschland“ (LiD) wurden von der Presse vielfältig dokumentiert.<sup>12</sup>

---

<sup>8</sup> Siehe Schriftliche Anfrage Drs. 19/21 496 vom 29.01.2025, „Ermessenseinbürgerung in Berlin“, Dr. Hugh Bronson MDA, <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-21496.pdf>

<sup>9</sup> Sachstand: Zur Einbürgerung nach § 8 Staatsangehörigkeitsgesetz, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, [www.bundestag.de/resource/blob/836410/9cef6098da49571d60bb56dbf00d77a5/WD-3-034-21-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/836410/9cef6098da49571d60bb56dbf00d77a5/WD-3-034-21-pdf-data.pdf)

<sup>10</sup> Schutz der Integrität der Verwaltung: Korruptionsprävention, Die Bundesregierung, Stand: Januar 2025, [www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundespresseamt/korruptionspraevention-1899272#:~:text=Dazu%20gehören%20die%20regelmäßige%20Feststellung,sowie%20Leitsätze%20für%20die%20Vergabe](http://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundespresseamt/korruptionspraevention-1899272#:~:text=Dazu%20gehören%20die%20regelmäßige%20Feststellung,sowie%20Leitsätze%20für%20die%20Vergabe)

<sup>11</sup> Rotation in besonders korruptionsgefährdeten Bereichen, Bundesministerium des Innern, 15.04.2013, [www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/moderne-verwaltung/korruptionspraevention/korruptionspraevention-handreichung-rotation.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/moderne-verwaltung/korruptionspraevention/korruptionspraevention-handreichung-rotation.html)

<sup>12</sup> Terminkauf – Vorwurf Bestechlichkeit: Razzien bei Landesamt für Einwanderung, Berliner Morgenpost, 29.07.2025, <https://www.morgenpost.de/berlin/article409628469/vorwurf-bestechlichkeit-razzien-bei-landesamt-fuer-einwanderung.html>

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/turbo-einbuengerung-ruffel-von-dobrindt-torpediert-berlin-die-merzschemigrationswende-wirklich-14068229.html>

Razzia in Berliner Amt: Verkauf die Ausländerbehörde Pässe und Termine?, Bild, 30.07.2025, [www.bild.de/politik/inland/noch-eine-razzia-kann-man-in-berliner-amt-paesse-und-termine-kaufen-688731da61d511082143319a](http://www.bild.de/politik/inland/noch-eine-razzia-kann-man-in-berliner-amt-paesse-und-termine-kaufen-688731da61d511082143319a)

Berlin: Verdacht auf Falscheinbürgerung führt zu Razzien, rbb24, 17.07.2025, [www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/07/berlin-polizei-generalstaatsanwaltschaft-illegale-einbuengerung-bestechung-bestechlichkeit-lageso.html](http://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/07/berlin-polizei-generalstaatsanwaltschaft-illegale-einbuengerung-bestechung-bestechlichkeit-lageso.html)

In Berlin muss dringend eine zentrale Einrichtung für Deutsch-Sprachprüfungen geschaffen werden, um Missbrauch von privaten Trägern und Sprachschulen zu verhindern. Die Einrichtung soll

- a.) hohe Qualitätsansprüche bei Sprachprüfungen,
- b.) die Betrugssicherheit beim Ablauf der Sprach- und Integrationsprüfungen
- c.) sowie die Fälschungssicherheit der Zertifikate (etwas durch eine direkte elektronische Übermittlung der Ergebnisse an das LEA)

sicherstellen. Dadurch wird die Verlässlichkeit und das Vertrauen in die Validität von Sprach- und Integrationszertifikaten wiederhergestellt.

### **Beamte sollen hoheitliche Verwaltungsakte im Schlussakt bearbeiten**

Beamte stehen in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat und haben bei Korruptionsdelikten mit erheblichen Konsequenzen zu rechnen, unter anderem mit dem Verlust von Pensionsansprüchen. Dazu kommen disziplinarische Maßnahmen und Strafmaßnahmen nach dem Beamtenrecht.<sup>13</sup> Daher darf die abschließende Unterschrift zur Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft nicht, wie bisher, von einem Verwaltungsangestellten, sondern muss von einem Staatsbeamten geleistet werden.<sup>14</sup>

### **Bundratsinitiative notwendig, um Fehlentwicklungen zu korrigieren**

Berlin muss eine Bundratsinitiative mit dem Ziel auf den Weg bringen, die vor allem von der Regierungskoalition von Olaf Scholz ermöglichten Fehlentwicklungen bei der Einbürgerung zurückzunehmen und die diesbezügliche Verwaltungspraxis auf eine klare, geordnete Grundlage zu stellen. Die Einbürgerung soll der letzte Akt eines längeren Integrationsprozesses sein und nicht der Anfangspunkt einer Integration.

Zudem muss es zu einer höheren Kontrolldichte der Behörden bei der Feststellung von Voraussetzungen für eine Einbürgerung kommen. Ein fünf- oder gar nur dreijähriger Aufenthalt in Deutschland ist im Regelfall nicht ausreichend, um sich erfolgreich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Dazu gehört auch, dass das Nicht-Vorhandensein einer Altersversorgung bei älteren Antragstellern grundsätzlich ein Ausschlusskriterium für eine Einbürgerung sein muss.<sup>15</sup>

Werden Antragsteller strafrechtlich zu mindestens 91 Tagessätzen Geldstrafe oder zu mindestens drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, führte das bislang und in der Regel dazu,

---

<sup>13</sup> Vorteilsannahme (§ 331 StGB): Beamte, die für ihre Dienstausbübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten annehmen, riskieren eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe.

Bestechlichkeit (§ 332 StGB): „(1) Ein Amtsträger ..., der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, daß er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehmen und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft ...“.

Bundesdisziplinargesetz (BDG): Enthält die Regelungen zu Disziplinarmaßnahmen für Bundesbeamte.

Bundesbeamtengesetz (BBG): Enthält Regelungen zum Beamtenverhältnis und dessen Verlust.

Beamtenstatusgesetz (BeamtStG): Regelt den Beamtenstatus und die Folgen der Verurteilung für Landesbeamte.

<sup>14</sup> Funktionsvorbehalt des Berufsbeamtentums, Art. 33 Abs. 4 GG.

<sup>15</sup> § 10 Abs. 1 Satz 3 StAG, bei Ermesseneinbürgerungen nach § 8 Abs. 2 StAG.

dass die Einbürgerung nur so lange abgelehnt wird, bis der Eintrag im Bundeszentralregister getilgt war. Ein Antragsteller muss jedoch bei Straffälligkeit, die einen Eintrag im Bundeszentralregister zur Folge hat, grundsätzlich von einer Einbürgerung ausgeschlossen werden. Auch Jugendstrafen mit Strafmaßnahmen von mindestens drei Monaten Haft auf Bewährung müssen zu einer zehnjährigen Sperrfrist für Einbürgerungen führen.<sup>16</sup>

Die Einbürgerung ist deutschlandweit auf eine sichere Rechtsgrundlage zu stellen. Berlin stellt mit seiner Bundesratsinitiative sicher, dass die bewährten Grundsätze bei den Einbürgerungsverfahren ein verpflichtender Teil der Verwaltungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und seiner 60 bundesweiten Standorte werden.

Berlin, den 30. September 2025

Dr. Brinker Wiedenhaupt Dr. Bronson  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

---

<sup>16</sup> § 12a Abs. 1 Nr. 1, 2, 3 StAG.